S 34 R 365/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Bewertung von im Beitrittsgebiet zurückgelegten Zeiten des Wehrdienstes in der gesetzlichen Rentenversicherung – Verfassungsmäßigkeit des § 256a Abs 4 SGB VI
Leitsätze	Es ist mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz vereinbar, dass Zeiten des in der Nationalen Volksarmee der ehemaligen DDR absolvierten Wehrdienstes im gesamtdeutschen Rentenrecht in derselben Höhe mit Entgeltpunkten bewertet werden wie die seit 1982 und auch bei Inkrafttreten der Rentenüberleitung in den alten Bundesländern zurückgelegten Wehrdienstzeiten.
Normenkette	SGG § 160 Abs 2 Nr 1 ; SGB VI § 248 Abs 1 ; SGB VI § 256 Abs 3 ; SGB VI § 256a Abs 4 ; SGB VI § 259a Abs 1 S 5 ; RÜG; GG Art 3 Abs 1
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 34 R 365/21
Datum	07.06.2022
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 10 R 313/22
Datum	09.11.2022
3. Instanz	
Datum	15.06.2023

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Sächsischen Landessozialgerichts vom 9. November 2022 wird zurückgewiesen.

Die Beteiligten haben einander für das Beschwerdeverfahren keine Kosten zu erstatten.

Gründe :

I

1

Der im Jahr 1955 geborene Kläger begehrt die Berücksichtigung zusätzlicher Entgeltpunkte (1,0 statt 0,75 Entgeltpunkte pro Kalenderjahr) für die Zeit seines bei der Nationalen Volksarmee (NVA) der ehemaligen DDR abgeleisteten Wehrdienstes (1.11.1973 bis 30.4.1975) bei seiner Altersrente.

2

Klage und Berufung gegen die ablehnende Entscheidung des beklagten Rentenversicherungsträgers sind ohne Erfolg geblieben (Rentenbescheid vom 15.10.2020, Widerspruchsbescheid vom 8.3.2021, Gerichtsbescheid des SG vom 7.6.2022, LSG-Urteil vom 9.11.2022). Das LSG hat ausgeführt, die Bewertung des streitbefangenen Zeitraums sei nach den Vorgaben in [§ 256a Abs 4 SGB VI](#) zur Ermittlung von EP für Wehrdienstzeiten im Beitrittsgebiet erfolgt. Die Berücksichtigung von 0,75 EP je Kalenderjahr entspreche der Bewertung von Grundwehrdienstzeiten, die in den alten Bundesländern ab dem 1.1.1982 bis zum 31.12.1991 zurückgelegt worden seien. Die Vorschrift verstoße weder gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art 3 Abs 1 und Abs 3 GG noch gegen Art 14 Abs 1 GG. Der Gesetzgeber sei nach der Rechtsprechung des BVerfG verfassungsrechtlich nicht verpflichtet, im Rahmen der Rentenüberleitung die Berechtigten aus Versorgungssystemen der DDR so zu behandeln, als hätten sie ihre Erwerbsbiografie in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt. Aufgrund der in unterschiedlichen Rentenversicherungssystemen mit unterschiedlichen Beitragszahlungen absolvierten Wehrdienstzeiten sei eine generelle Gleichstellung der Bewertung dieser Zeiten nicht geboten. Im Rentenversicherungssystem der DDR seien für Wehrdienstleistende keine Beiträge gezahlt worden. Demgegenüber habe der Bund in den alten Bundesländern Beiträge für die Wehrdienstleistenden entrichtet. Die vom Kläger beehrte Bewertung seiner Wehrdienstzeit mit 1,0 EP je Kalenderjahr würde zudem eine nicht zu rechtfertigende Privilegierung gegenüber anderen Versicherten bewirken, die ihren Wehrdienst in der DDR unter denselben sozialversicherungsrechtlichen Bedingungen, aber nach dem 31.12.1981 geleistet haben.

3

Gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des LSG hat der Kläger Beschwerde zum BSG eingelegt. Er macht eine grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache geltend.

II

4

1. Die Nichtzulassungsbeschwerde des Klägers hat keinen Erfolg. Dabei kann offenbleiben, ob ihre gegenüber vorangegangenen vergleichbaren Verfahren (vgl. BSG Beschlüsse vom 30.5.2022 – [B 5 R 24/22 B](#), [B 5 R 55/22 B](#), [B 5 R 89/22 B](#), [B 5 R 93/22 B](#) – und vom 22.12.2022 – [B 5 R 119/22 B](#), [B 5 R 125/22 B](#), [B 5 R 126/22 B](#), [B 5 R 129/22 B](#), [B 5 R 134/22 B](#), [B 5 R 136/22 B](#), [B 5 R 137/22 B](#), [B 5 R 145/22 B](#), [B 5 R 164/22 B](#), [B 5 R 175/22 B](#), [B 5 R 189/22 B](#)) in einzelnen Punkten ergänzte Begründung in vollem Umfang den aus [§ 160a Abs 2 Satz 3 SGG](#) abzuleitenden Darlegungsanforderungen entspricht. Die Beschwerde ist jedenfalls unbegründet und daher zurückzuweisen, weil der Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung im Sinne von [§ 160 Abs 2 Nr 1 SGG](#) zukommt.

5

a) Eine Rechtssache hat nur dann grundsätzliche Bedeutung, wenn sie eine abstrakt-generelle Rechtsfrage zu revidierbarem Recht (vgl. [§ 162 SGG](#)) aufwirft, die über den zu entscheidenden Einzelfall hinaus aus Gründen der Rechtseinheit oder der Fortbildung des Rechts einer Klärung durch das Revisionsgericht bedürftig und wichtig ist (stRspr; zB BSG Beschluss vom 17.4.2023 – [B 9 SB 46/22 B](#) – juris RdNr 11; BSG Beschluss vom 12.5.2023 – [B 5 R 7/23 B](#) – juris RdNr 7). Eine Rechtsfrage ist nicht mehr klärungsbedürftig, wenn sie bereits höchststrichterlich entschieden ist (vgl. BSG Beschluss vom 17.5.2023 – [B 1 KR 16/22 B](#) – juris RdNr 7; zu Umständen, die zu erneutem Klärungsbedarf führen können, vgl. zB BSG Beschluss vom 12.7.2022 – [B 2 U 11/22 B](#) – juris RdNr 11 sowie BVerfG Beschluss vom 9.5.2023 – [1 BvR 1/23](#) – juris RdNr 8). An weiterem Klärungsbedarf fehlt es aber auch, wenn sich die aufgeworfene Frage ohne Weiteres aus den Rechtsvorschriften oder aus der bereits vorliegenden höchststrichterlichen Rechtsprechung klar beantworten lässt (vgl. BSG Beschluss vom 11.3.2021 – [B 5 R 12/21 B](#) – SozR 42600 – § 137b Nr 2 RdNr 4; BSG Beschluss vom 23.3.2023 – [B 6 KA 21/22 B](#) – juris RdNr 7). Demnach ist eine Rechtsfrage auch dann als bereits geklärt anzusehen, wenn das Revisionsgericht bzw. das BVerfG sie zwar noch nicht ausdrücklich entschieden hat, jedoch schon höchststrichterliche Entscheidungen ergangen sind, die ausreichende Anhaltspunkte zur Beurteilung der Frage geben (vgl. BSG Beschluss vom 12.2.2020 – [B 6 KA 11/19 B](#) – juris RdNr 7 mwN; BSG Beschluss vom 8.2.2023 – [B 5 R 150/22 B](#) – juris RdNr 5). Das ist hier der Fall.

6

b) Der Kläger hält – ebenso wie die von denselben Prozessbevollmächtigten vertretenen Beschwerdeführer in den Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren, über die der Senat in den angeführten Beschlüssen vom 30.5.2022 und vom 22.12.2022 bereits entschieden hat – folgende Rechtsfrage für grundsätzlich bedeutsam:

– Verstößt die Vorschrift des [§ 256 a Abs 4 SGB VI](#) gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des [Art 3 Abs 1 GG](#), wenn für den Zeitraum des Wehrdienstes im Beitrittsgebiet für die Zeit vom 01.05.1961 bis zum 31.12.1981 für jedes volle Kalenderjahr nur 0,75 Entgeltpunkte berücksichtigt werden, statt

1,0 Entgeltpunkte gem. [Â§Â 256 Abs.Â 3 SGBÂ VI](#)?â□□

7

Er fÃ¼hrt aus, die unterschiedliche rentenrechtliche Bewertung von Wehrdienstzeiten, die zwischen dem 1.5.1961 und dem 31.12.1981 in der Bundesrepublik Deutschland und denjenigen, die in der DDR absolviert worden seien, verletze den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz. Die Annahme des LSG, insoweit lÃ¶sen zwei unterschiedliche Gruppen vor und eine Gleichbehandlung sei schon deshalb nicht notwendig, sei unzutreffend. Der Gesetzgeber habe nach dem Beitritt der DDR in [Â§Â 248 Abs.Â 1 SGBÂ VI](#) ausdrÃ¼cklich die Gleichstellung der im Beitrittsgebiet geleisteten Pflichtwehrdienstzeiten als Pflichtbeitragszeiten angeordnet. Damit sei klargestellt, dass fÃ¼r beide Gruppen hinsichtlich der rentenrechtlichen Einordnung dieser Zeiten keine Unterschiede bestÃ¼nden. Eine unterschiedliche Behandlung lasse sich auch nicht damit rechtfertigen, dass seitens der Bundesrepublik Deutschland PauschalbeitrÃ¤ge aus dem Bundeshaushalt in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt worden seien, wÃ¤hrend in der DDR nach Â§Â 2 der Rentenverordnung fÃ¼r Wehrdienstzeiten schon keine Versicherungspflicht bestanden habe. Beide Gruppen von Wehrdienstleistenden hÃ¤tten selbst keine BeitrÃ¤ge zur Rentenversicherung durch Abzug vom Wehrsold gezahlt. Die Beitragsentrichtung durch den Bund in den alten BundeslÃ¤ndern betreffe nur dessen RechtsverhÃ¤ltnis zu den RentenversicherungstrÃ¤gern, lasse aber das RechtsverhÃ¤ltnis zwischen den Wehrpflichtigen und den RentenversicherungstrÃ¤gern unberÃ¼hrt. Zudem habe die pauschale Beitragszahlung durch den Bund bei den Grundwehrdienstleistenden nicht zu einer individuell zuordnungsfehlerigen Beitragszeit gefÃ¼hrt; sie sei insoweit mit den Zahlungen des Bundes fÃ¼r Kindererziehungszeiten nach [Â§Â 177 SGBÂ VI](#) vergleichbar. Ein sachgerechtes Konzept des Gesetzgebers zur BerÃ¼cksichtigung des in der DDR geleisteten Wehrdienstes in der gesetzlichen Rentenversicherung sei nicht erkennbar.

8

c)Â Die damit aufgeworfene Frage, ob [Â§Â 256a Abs.Â 4 SGBÂ VI](#) gegen ArtÂ 3 Abs.Â 1 GG verstÃ¼Ãt und deshalb verfassungswidrig ist, ist auf der Grundlage der einschlÃ¤gigen hÃ¶chstrichterlichen Rechtsprechung zur Reichweite des Gleichbehandlungsgebots im Rahmen der RentenÃ¼berleitung klar zu verneinen. Dass die Bewertungsregelung in [Â§Â 256a Abs.Â 4 SGBÂ VI](#) verfassungskonform ist und ersichtlich keinen Anlass fÃ¼r eine Vorlage nach ArtÂ 100 Abs.Â 1 GG bietet, bedarf keiner vertieften ErÃ¶rterung in einem Revisionsverfahren. Dem entspricht es, dass in keinem der insgesamt 15Â Parallelverfahren, Ã¼ber die der Senat mit BeschlÃ¼ssen vom 30.5.2022 und vom 22.12.2022 entschieden hat, Verfassungsbeschwerde erhoben worden ist.

9

aa)Â [Â§Â 256a Abs.Â 4 SGBÂ VI](#) bestimmt, dass fÃ¼r im Beitrittsgebiet vor dem 1.1.1992 aufgrund gesetzlicher Pflicht abgeleistete Zeiten des Wehr- oder Zivildienstes von mehr als drei Tagen bei der Rentenberechnung je vollem Kalenderjahr 0,75 EP und fÃ¼r jeden Teilzeitraum der entsprechende Anteil zugrunde gelegt werden. Die Vorschrift ist als Bestandteil der RentenÃ¼berleitung

durch Art 1 Nr 71 des Gesetzes zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (RG vom 25.7.1991, [BGBl I 1606](#)) mit Wirkung ab dem 1.1.1992 in das SGB VI eingefügt worden.

10

(1) Diese Sonderregelung für Beitragszeiten im Beitrittsgebiet – so die amtliche Überschrift des [§ 256a SGB VI](#) – knüpft daran an, dass nach [§ 248 Abs 1 SGB VI](#) in der ab dem 1.1.1992 geltenden Neufassung (vgl. Art 1 Nr 58 iVm Art 42 Abs 1 RG) Zeiten des Pflichtwehrdienstes im Beitrittsgebiet im gesamtdeutschen Rentenrecht des SGB VI als Pflichtbeitragszeiten behandelt werden, obwohl für diese Wehrdienstzeiten von den staatlichen Stellen der DDR keine Beiträge zur dortigen Sozialversicherung abgeführt worden sind (vgl. § 1 Abs 2 der ab dem 1.5.1982 geltenden Besoldungsverordnung vom 25.3.1982, GBl DDR I 253; zuvor § 3 Abs 1 Satz 1 der Besoldungsverordnung vom 24.1.1962, GBl DDR II 49). Vielmehr wurden im Rentenversicherungssystem der DDR sämtliche Dienstzeiten bei den bewaffneten Organen (d.h. nicht nur Pflichtwehrdienstzeiten) in gleicher Weise wie etwa auch Zeiten eines Direktstudiums oder der Kriegsgefangenschaft einer versicherungspflichtigen Tätigkeit gleichgestellt (vgl. § 2 Abs 2 Buchst. b, e und l der ab dem 1.1.1980 geltenden Rentenverordnung vom 23.11.1979, GBl DDR I 401; zuvor ab 1.7.1974 § 2 Abs 2 Buchst. b, e und m der Rentenverordnung vom 4.4.1974, GBl DDR I 201; ab 1.7.1968 § 4 Abs 2 Buchst. b, e und k der Rentenverordnung vom 15.3.1968, GBl DDR II 135). Aufgrund dieser Gleichstellung konnten in der DDR Wehrdienstzeiten zum Erwerb einer Rentenanwartschaft beitragen (zur dort erforderlichen Mindestzeit von 15 Jahren einer versicherungspflichtigen Tätigkeit für eine Altersrente vgl. § 3 Abs 1 Rentenverordnung vom 23.11.1979). Sie hatten aber auch Einfluss auf die Rentenhöhe (zum Steigerungsbetrag von 1 % des Durchschnittsverdienstes für jedes Jahr einer versicherungspflichtigen Tätigkeit vgl. § 5 Abs 1 Buchst. b, Abs 2 Buchst. b der Rentenverordnung vom 23.11.1979; zu den rentenrechtlichen Auswirkungen des Grundwehrdienstes in der DDR s. auch BSG Urteil vom 9.9.1982 – [5b/5 RJ 168/80](#) – [BSGE 54, 93](#), 94 f. = [SozR 5050 § 15 Nr 22](#) S. 74).

11

Das Rentenrecht der Bundesrepublik Deutschland vor Inkrafttreten des SGB VI berücksichtigte bei Versicherten, die aus der DDR zugewandert waren, die Zeiten des Grundwehrdienstes in der NVA nach den Regelungen des im Wesentlichen für Heimatvertriebene geschaffenen Fremdrentenrechts. [§ 17 Abs 1 Buchst. a FRG](#) (in der ab dem 1.1.1959 geltenden Fassung von Art 1 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes vom 25.2.1960, [BGBl I 93](#)) ordnete hierzu die Anwendung von [§ 15 FRG](#) auch auf DDR-Übersiedler an, die Beiträge an einen dortigen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet hatten. [§ 15 Abs 1 FRG](#) sah vor, dass Beitragszeiten, die nach dem 30.6.1945 bei einem außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes befindlichen deutschen Rentenversicherungsträger zurückgelegt sind, den nach Bundesrecht zurückgelegten Beitragszeiten gleichstehen. Hierzu hat das BSG entschieden, dass unter Berücksichtigung des diese Vorschrift noch tragenden Entschädigungsgedankens die Grundwehrdienstzeiten in der DDR, die in der

rentenrechtlichen Wirkung einer bundesdeutschen Beitragszeit vergleichbar seien, trotz fehlender Beitragsleistung als Beitragszeit iS von [Â§Â 15 AbsÂ 1 FRG](#) zu entschÃ¤digen sind (vgl BSG Beschluss vom 4.6.1986 Â [GS 1/85Â](#) [BSGEÂ 60, 100, 105Â](#) ff =Â SozR 5050 Â§Â 15 NrÂ 32 SÂ 102Â ff; zur Bewertung dieser Zeiten vgl [Â§Â 22 AbsÂ 2 SatzÂ 4 FRG](#) in der ab dem 1.7.1990 bis zum 31.12.1991 geltenden Fassung von ArtÂ 15 AbschnÂ B NrÂ 3 Rentenreformgesetz 1992 vom 18.12.1989, [BGBlÂ I 2261](#)).

12

Mit Inkrafttreten der Sozialunion am 1.7.1990 wurde die weitere Anwendung des FRG fÃ¼r Versicherte aus der DDR weitgehend ausgeschlossen (vgl ArtÂ 20 AbsÂ 7 des Vertrags vom 18.5.1990 sowie ArtÂ 23 Â§Â 1 des Gesetzes vom 25.6.1990 zu dem Vertrag vom 18.5.1990 Ã¼ber die Schaffung einer WÃ¤hrungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, [BGBlÂ II 518](#); sÃ¤ auch BVerfG Beschluss vom 13.12.2016 Â [1Â BvR 713/13Â](#) [NJW 2017, 876](#) =Â juris RdNrÂ 3Â ff). Bei âgebietsÃ¼bergreifenden Rentenberechnungenâ waren Zeiten des Grundwehrdienstes in der DDR jedoch weiterhin wie Beitragszeiten zu behandeln (vgl ArtÂ 23 Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 1 undÂ 5Â WWSUVtrG). Der Einigungsvertrag (EinigVtr) bestimmte, dass das Rentenrecht der DDR im Grundsatz noch bis zum 31.12.1991 fortgalt (vgl ArtÂ 9 AbsÂ 2 iVm AnlageÂ II KapÂ VIII SachgebietÂ F AbschnÂ III NrÂ 6 BuchstÂ a EinigVtr, [BGBlÂ II 1990, 889](#)) und dass bis dahin die Einzelheiten der Ãberleitung des SGBÂ VI zu regeln waren (vgl ArtÂ 30 AbsÂ 5 EinigVtr). Bestimmungen des RRG 1992 zur Versicherungs- und Beitragspflicht (vgl [Â§Â 3 SatzÂ 1 NrÂ 2](#), [Â§Â 166 NrÂ 1 SGBÂ VI](#)) wurden aber bereits mit Wirksamwerden des Beitritts und damit frÃ¼her als in den alten BundeslÃ¤ndern in Kraft gesetzt (vgl ArtÂ 8 iVm AnlageÂ I KapÂ VIII SachgebietÂ H AbschnÂ III NrÂ 1 BuchstÂ b undÂ c EinigVtr). Damit war bereits ab dem 3.10.1990 die Versicherungs- und Beitragspflicht auch fÃ¼r im Beitrittsgebiet absolvierte Wehrdienstzeiten begrÃ¼ndet (zur Beitragsbemessung fÃ¼r Wehrdienstzeiten im Beitrittsgebiet bis zum 31.12.1991 auf der Grundlage von 70 vH der BezugsgrÃe vgl Finke in Hauck/Noftz, SGBÂ VI, Â§Â 166 RdNrÂ 8, Stand November 2009).

13

(2)Â In der Sache sollte die in [Â§Â 256a AbsÂ 4 SGBÂ VI](#) ab dem 1.1.1992 fÃ¼r das gesamtdeutsche Rentenrecht vorgegebene Bewertung der im Beitrittsgebiet absolvierten Wehrdienstzeiten (0,75Â EP pro Kalenderjahr) âder aktuellen Bewertung dieser Zeiten in den alten BundeslÃ¤ndernâ entsprechen (vgl GesetzesbegrÃ¼ndung zum RÃG, [BT-Drucks 12/405 SÂ 127](#) Â zu Â§Â 256a AbsÂ 4). Allerdings war in den alten BundeslÃ¤ndern der Beitragsbemessung fÃ¼r die nach [Â§Â 1227 AbsÂ 1 NrÂ 6 RVO](#) versicherungspflichtigen Wehrdienstleistenden im Zeitraum vom 1.1.1983 bis zum 31.12.1991 gemÃ¤Ã [Â§Â 1385 AbsÂ 3 BuchstÂ d RVO](#) (in der ab dem 1.1.1983 geltenden Fassung des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 vom 20.12.1982, [BGBlÂ I 1857](#); entsprechende Regelungen enthielten auch Â§Â 112 AbsÂ 3 BuchstÂ d AVG und Â§Â 130 AbsÂ 5 BuchstÂ b RKG) nur 70Â vH des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts aller Versicherten im entsprechenden Zeitraum zugrunde gelegt worden. Das hÃ¤tte bei der Rentenberechnung zu lediglich 0,7Â EP pro Jahr gefÃ¼hrt. Mit ÃberfÃ¼hrung des Rentenversicherungsrechts in das SGBÂ VI zum 1.1.1992 durch das RRGÂ 1992

sah [Â§Â 166 NrÂ 1 SGBÂ VI](#) jedoch vor, der Beitragsbemessung fÃ¼r Zeiten des Wehrdienstes nunmehr 80Â vH der âBezugsgrÃ¼ndeâ zugrunde zu legen (vgl dazu [Â§Â 18 AbsÂ 1 SGBÂ IV](#): Durchschnittsentgelt im vorvergangenen Kalenderjahr; damit war nicht mehr Â wie bisherÂ das Durchschnittsentgelt im Zeitraum der Wehrdienstleistung maÃgeblich). Das sollte im Ergebnis EP im Umfang âvon etwa 75Â % des Durchschnittsentgeltsâ Â also 0,75Â EPÂ gewÃ¤hrleisten (vgl GesetzesbegrÃ¼ndung zum RRG 1992, [BT-Drucks 11/4124 SÂ 185](#) Â zu Â§Â 161).

14

Daran anknÃ¼pfend bestimmte die Ãbergangsregelung in [Â§Â 256 AbsÂ 3 SGBÂ VI](#) , dass fÃ¼r Wehrdienstzeiten im Zeitraum vom 1.1.1982 bis zum 31.12.1991, fÃ¼r die PflichtbeitrÃ¤ge gezahlt worden sind (dh in den alten BundeslÃ¤ndern), einheitlich 0,75Â EP je Kalenderjahr berÃ¼cksichtigt werden, fÃ¼r Wehrdienst im Zeitraum vom 1.5.1961 bis zum 31.12.1981 entsprechend der damals hÃ¶heren Beitragsbemessungsgrundlage 1,0Â EP. Das bedeutete fÃ¼r Versicherte, die im Zeitraum vom 1.1.1983 bis zum 31.12.1991 in den alten BundeslÃ¤ndern Wehrdienst geleistet hatten, âabweichend vom geltenden Rechtâ (vgl [BT-Drucks 11/4124 SÂ 201](#) Â zu Â§Â 251) eine (geringfÃ¼gige) Verbesserung. Die hier bedeutsame Regelung zur RentenÃ¼berleitung in [Â§Â 256a AbsÂ 4 SGBÂ VI](#) Ã¼bernahm mit der Bewertung der im Beitrittsgebiet vor dem 1.1.1992 absolvierten Grundwehrdienstzeiten mit 0,75Â EP je Kalenderjahr im Ergebnis somit die fÃ¼r Zeiten des Wehrdienstes ab dem 1.1.1982 in den alten BundeslÃ¤ndern und ebenso fÃ¼r Wehrdienstzeiten im wiedervereinigten Deutschland ab dem 1.1.1992 maÃgebliche Bewertung wirkungsgleich auch fÃ¼r alle bis zum 2.10.1990 in der DDR sowie fÃ¼r die im Zeitraum vom 3.10.1990 bis zum 31.12.1991 im Beitrittsgebiet zurÃ¼ckgelegten Wehrdienstzeiten.

15

(3)Â Die Vorschrift in [Â§Â 256a AbsÂ 4 SGBÂ VI](#) zur Bewertung der âbeitragslosenâ DDR-Wehrdienstzeiten wird ergÃ¤nzt durch die Vertrauensschutzregelung fÃ¼r Alt-Ãbersiedler aus der DDR in [Â§Â 259a SGBÂ VI](#) (in der rÃ¼ckwirkend ab dem 1.1.1992 geltenden Fassung von ArtÂ 1 NrÂ 16, ArtÂ 18 AbsÂ 4 des RentenÃ¼berleitungs-ErgÃ¤nzungsgesetzes vom 24.6.1993, [BGBlÂ I 1038](#)). Nach dieser Bestimmung werden fÃ¼r Versicherte, die vor dem 1.1.1937 geboren sind und die am 18.5.1990 ihren gewÃ¶hnlichen Aufenthalt bereits im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hatten, EP weiterhin nach den Regelungen des FRG ermittelt. Dabei ist fÃ¼r Wehrdienstzeiten gemÃ¤Ã [Â§Â 259a AbsÂ 1 SatzÂ 5 SGBÂ VI](#) die Bewertungsvorschrift in [Â§Â 256 AbsÂ 3 SGBÂ VI](#) anzuwenden (zur VerfassungsmÃ¤Ãigkeit der BeschrÃ¤nkung des Vertrauensschutzes auf rentennahe JahrgÃ¤nge vgl BSG Urteil vom 14.12.2011 Â [BÂ 5Â R 36/11Â RÂ](#) SozR 4-2600 Â§Â 248 NrÂ 1 RdNrÂ 19Â ff und nachfolgend BVerfG Beschluss vom 13.12.2016 Â [1Â BvR 713/13Â](#) [NJW 2017, 876](#)).

16

bb)Â Ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit der Regelung in [Â§Â 256a AbsÂ 4 SGBÂ VI](#) mit dem allgemeinen Gleichheitssatz (ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG) bestehen nicht. Ist eine Regelung zur Ãberleitung von Anwartschaften aus der Rentenversicherung

der DDR in das einheitliche deutsche Rentenrecht am Maßstab des allgemeinen Gleichheitssatzes zu prüfen, so ist nach der Rechtsprechung des BVerfG den Anforderungen des Art 3 Abs 1 GG Genüge getan, wenn der Überleitung ein sachgerechtes Konzept zugrunde liegt und sich die zur verfassungsrechtlichen Prüfung gestellte Regelung in dieses Konzept einfügt (vgl. BVerfG Beschluss vom 11.5.2005 – [1 BvR 368/97](#) ua [BVerfGE 112, 368](#), 401 = [SozR 4-2600 – 307a Nr 3](#) RdNr 54 = [juris RdNr 98](#); BVerfG Beschluss vom 30.8.2005 – [1 BvR 616/99](#) ua [SozR 4-2600 – 256a Nr 1](#) RdNr 33 = [juris RdNr 37](#)). Dieser Prüfungsmaßstab berücksichtigt den besonders weiten Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Überführung der im Beitrittsgebiet erworbenen Ansprüche und Anwartschaften (vgl. BVerfG Urteil vom 28.4.1999 – [1 BvL 32/95](#) ua [BVerfGE 100, 1](#), 38 = [SozR 38570 – 10 Nr 3](#) S 52 = [juris RdNr 129](#)). Die Regelung in [§ 256a Abs 4 SGB VI](#) wird den genannten Anforderungen offenkundig gerecht.

17

Nach dem Konzept, das der im RGG näher ausgestalteten Rentenüberleitung zugrunde lag, sollte nach der Wiedervereinigung ein einheitliches Rentenrecht geschaffen werden; die Absicherung im Alter in West- und Ostdeutschland sollte sich dabei konform an einheitlichen ordnungs- und sozialpolitischen Grundentscheidungen orientieren (vgl. Gesetzentwurf zum RGG, [BT-Drucks 12/405 S 108](#)). Zu diesen Grundentscheidungen gehört auch der Grundsatz der Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten, der bereits in Art 20 Abs 1 Satz 1 des Vertrags über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (vom 18.5.1990, BGBl II 537) als Leitlinie vorgegeben war. Gemessen am Grundsatz der Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten bedeutet die Anerkennung der in der DDR ohne Beitragsentrichtung bzw. -abführung zurückgelegten Wehrdienstzeiten als „Pflichtbeitragszeiten“ (vgl. [§ 248 Abs 1 SGB VI](#)) im gesamtdeutschen Rentenrecht bereits eine erhebliche Begünstigung.

18

Entgegen der Ansicht des Klägers war der Gesetzgeber bei der näheren Ausgestaltung dieser Begünstigung nicht verpflichtet, die Wehrdienstzeiten in der NVA zeitabschnittsweise jeweils in exakt demselben Umfang mit EP zu bewerten wie die zeitgleich in der Bundeswehr zurückgelegten Wehrdienstzeiten. Vielmehr ist es unter Berücksichtigung des bei Regelungen zur Rentenüberleitung eröffneten weiten Gestaltungsspielraums nicht zu beanstanden, dass der Gesetzgeber des RGG für die Bewertung der „beitragslosen“ NVA-Wehrdienstzeiten im einheitlichen Rentenrecht des SGB VI an die zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Rentenüberleitung – zum 1.1.1992 – „aktuelle(n) Bewertung dieser Zeiten in den alten Bundesländern“ angeknüpfte und von einer „Übertragung von im alten Bundesgebiet aufgrund von tatsächlicher Beitragszahlung bestehenden unterschiedlichen Werten auf das Beitrittsgebiet“ abgesehen hat (vgl. [BT-Drucks 12/405 S 127](#) – zu Nr 67 – zu Abs 4). In der Rechtsprechung des BVerfG ist geklärt, dass der Gesetzgeber bei der Überleitung von Ansprüchen und Anwartschaften in die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich nicht verpflichtet war, die Versicherten aus der

DDR so zu behandeln, als hätten sie ihre Erwerbsbiografie in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt (vgl. BVerfG Urteil vom 28.4.1999 – [1 BvL 32/95](#) ua [BVerfGE 100, 1](#), 40 – [SozR 38570 – 10 Nr. 3](#) S. 53 – [juris RdNr. 134](#); BVerfG Beschluss vom 30.8.2005 – [1 BvR 616/99](#) ua [SozR 42600 – 256a Nr. 1](#) RdNr. 45 – [juris RdNr. 49](#)). Eine solche Verpflichtung ist insbesondere auch nicht dadurch entstanden, dass der Gesetzgeber in [§ 248 Abs. 1 SGB VI](#) die Wehrdienstzeiten in der DDR als „Pflichtbeitragszeiten“ in die Systematik des SGB VI eingeordnet hat. Ein verfassungsrechtlich verbürgter Anspruch auf eine Bewertung dieser Zeiten in gleicher Höhe wie Pflichtbeitragszeiten, die für Wehrdienstleistende in den alten Bundesländern in demselben Zeitraum begründet wurden, folgt daraus nicht. Die Forderung des Klägers, dass den Versicherten bei der Bewertung eines alltäglichen und einfachen Lebenssachverhalts wie hier der Wehrdienstleistung ein „strengerer Schutzmaßstab“ zustehen sollte, findet in der Rechtsprechung des BVerfG zur Rentenüberleitung keine Stütze (zu bergmännischen Tätigkeiten vgl. BVerfG Beschluss vom 9.10.2006 – [1 BvR 1484/06](#) – [SozR 48575 Art. 2 – 23 Nr. 1](#) RdNr. 10; zur wissenschaftlichen Aspirantur vgl. BVerfG Beschluss vom 30.8.2000 – [1 BvR 319/98](#) – [SozR 32600 – 248 Nr. 6](#) S. 33 f.).

19

Eine Verengung oder gar Beseitigung des im Rahmen der Rentenüberleitung bestehenden weiten Gestaltungsspielraums ergibt sich aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes auch nicht daraus, dass wie der Kläger vorträgt für die Grundwehrdienstzeiten in der Bundesrepublik Deutschland lediglich pauschale Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt worden seien, deren Rechtswirkungen mit den Abgeltungen für Kindererziehungszeiten nach [§ 177 Abs. 2 SGB VI](#) vergleichbar wären (unter Bezugnahme auf BSG Urteil vom 16.10.2019 – [BA 13 R 14/18 R](#) – [BSGE 129, 192](#) – [SozR 4-2600 – 70 Nr. 3](#), RdNr. 34 mwN). Diese Annahme des Klägers trifft nicht zu. Zwar ist richtig, dass die Beiträge für Wehrdienstzeiten in der Bundeswehr im Zeitraum vom 1.5.1961 bis zum 31.12.1981 auf der Grundlage des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts der Versicherten aller Versicherungszweige mit Ausnahme von Lehrlingen und Anlernlingen berechnet wurden und vom Bund in Form eines Gesamtbetrags zu zahlen waren ([§ 1385 Abs. 3 Buchst. d, Abs. 5 RVO](#), [§ 112 Abs. 3 Buchst. d, Abs. 5 AVG](#), [§ 130 Abs. 5 Buchst. b, Abs. 8 RKG](#), jeweils in der ab dem 1.5.1961 bis zum 31.12.1981 geltenden Fassung). Dieser Gesamtbetrag wurde aber unter Anwendung des für den Versicherungszweig (Arbeiter, Angestellten bzw. knappschaftliche Rentenversicherung) jeweils maßgeblichen Beitragssatzes und unter Berücksichtigung des auf den jeweiligen Versicherungszweig entfallenden Anteils an der Gesamtzahl der Tage errechnet, an denen Personen im Kalenderjahr Wehrdienst geleistet hatten (vgl. [§ 1 Abs. 1, 3 und 4 RVPauschalbeitragsverordnung](#) für Wehr- oder Ersatzdienstzeiten vom 20.7.1964, [BGBl. I 515](#), sowie [§ 2 Abs. 1, 3 und 4 RVPauschalbeitragsverordnung](#) vom 19.3.1974, [BGBl. I 757](#)). Die Ausgestaltung als in gewissem Umfang pauschalierter Gesamtbetrag sollte die Bundeswehr lediglich von der individuellen Erfassung der Versicherten und der Einzelberechnung der Beiträge entlasten (vgl. [BTD Drucks 3/2424 S. 3](#) – zu I. Nr. 7 Buchst. b). Ungeachtet dessen hätten diese in

vereinfachter Form berechneten Beitragszahlungen rentenrechtlich zu Beitragszeiten mit tatsächlich korrespondierender Beitragsentrichtung (vgl BSG Beschluss vom 3.5.1984 [Ä 11Ä RA 40/83Ä](#) juris RdNrÄ 10), die jedem einzelnen Wehrdienstleistenden zuzuordnen waren. Die Zuordnung erfolgte mittels einer Dienstzeitbescheinigung der Bundeswehr. Sie ermÄglichte dem RentenversicherungstrÄger, die entsprechenden ZeitrÄume als Pflichtbeitragszeiten einschlieÄlich der zugehÄrigen beitragspflichtigen Einnahmen nach MaÄgabe der individuellen VerhÄltnisse des einzelnen Wehrdienstleistenden in dessen Versicherungskonto zu speichern (vgl dazu [ÄÄ 149 AbsÄ 1 SatzÄ 1 und AbsÄ 4 SGBÄ VI](#)) und spÄter der Rentenberechnung zugrunde zu legen.

20

Im Äbrigen wÄrde die vom KlÄger geforderte Bewertung der im Zeitraum von MaiÄ 1961 bis DezemberÄ 1981 im Beitrittsgebiet zurÄckgelegten Wehrdienstzeiten mit 1,0Ä EP je Kalenderjahr zu einer Ungleichbehandlung innerhalb der Gruppe der Wehrdienstleistenden im Beitrittsgebiet fÄhren. Alle Versicherten, die ab Mai 1961 bis zum 2.10.1990 als Wehrpflichtige in der NVA gedient haben, haben ihren Wehrdienst unter denselben rentenrechtlichen Bedingungen geleistet, mithin ohne dass fÄr sie von den staatlichen Stellen der DDR BeitrÄge zur Alterssicherung abgefÄhrt worden sind. Rechtfertigende GrÄnde fÄr eine gÄnstigere Behandlung nur derjenigen Versicherten, die von Mai 1961 bis Dezember 1981 ihren Wehrdienst in der NVA absolviert haben, sind nicht ersichtlich. Soweit der KlÄger sich in diesem Zusammenhang darauf beruft, dass Äunterschiedliche rentenrechtliche Bewertungen von Lebenssachverhalten in verschiedenen Zeitabschnitten weder ungewÄhnlich noch unter dem Blickwinkel des allgemeinen Gleichheitssatzes problematischÄ seien, verkennt er, dass die als Beleg hierfÄr angefÄhrte Rechtsprechung zur Vereinbarkeit von Stichtagsregelungen bei EinfÄhrung und Ausweitung der Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung einen grundlegend anderen Sachverhalt betrifft. Bei der Regelung in [ÄÄ 256a AbsÄ 4 SGBÄ VI](#) geht es nicht um die schrittweise EinfÄhrung eines neuen Leistungselements in das Rentenrecht, sondern um die systemkonforme ÄberfÄhrung der in einem anderen Rentensystem bereits erworbenen Anwartschaften in das einheitliche Rentenrecht des SGBÄ VI. Zudem sind auch Stichtagsregelungen im Rentenrecht nicht stets ÄunbedenklichÄ; sie bedÄrfen vielmehr im Lichte des ArtÄ 3 AbsÄ 1 GG einer tragfÄhigen Rechtfertigung (zum PrÄfungsmaÄstab vgl BSG Urteil vom 10.11.2022 Ä [BÄ 5Ä R 29/21Ä RÄ](#) juris RdNrÄ 26 mwN auch zur Rspr des BVerfG). Eine nach Zeitabschnitten unterschiedlich hohe Bewertung mit EP ist insbesondere dann nicht willkÄrlich, wenn sie einer unterschiedlichen Beitragsleistung Rechnung trÄgt (vgl BVerfG Urteil vom 28.4.1999 Ä [1Ä BvL 32/95Ä](#) uaÄ [BVerfGE 100, 1](#), 45 =Ä SozR 3-8570 ÄÄ 10 NrÄ 3 SÄ 57 =Ä juris RdNrÄ 152; BVerfG Beschluss vom 30.8.2005 Ä [1Ä BvR 616/99Ä](#) uaÄ [SozRÄ 4-2600 ÄÄ 256a NrÄ 1](#) RdNrÄ 37 =Ä juris RdNrÄ 41). FÄr sÄmtliche Wehrdienstleistenden in der NVA im Zeitraum vom 1.5.1961 bis zum 2.10.1990 wurden jedoch gleichermaÄen keine BeitrÄge zur Rentenversicherung abgefÄhrt (zu der aus GrÄnden des Vertrauensschutzes gerechtfertigten FortfÄhrung der Privilegierung in [ÄÄ 259a AbsÄ 1 SatzÄ 5 SGBÄ VI](#) nur fÄr DDR-Äbersiedler rentennaher JahrgÄnge

sÄ oben RdNrÄ 15 sowie BVerfG Beschluss vom 13.12.2016 Ä [1Ä BvR 713/13Ä](#) [NJW 2017, 876](#) =Ä juris RdNrÄ 16, 20).

21

2.Ä Die Kostenentscheidung beruht auf der entsprechenden Anwendung von [ÄÄ 183 SatzÄ 1](#) iVm [ÄÄ 193 AbsÄ 1 undÄ 4 SGG](#).

Ä

Erstellt am: 18.07.2023

Zuletzt verändert am: 21.12.2024